

# Forum Menschenrechte



**Geschäftsstelle: Beate Ziegler**  
**Haus der Demokratie und Menschenrechte**  
**Greifswalder Straße 4**  
**10405 Berlin**  
**Tel. 030 – 42 02 17 71**  
**Fax. 030 – 42 02 17 72**  
**E-Mail: [kontakt@forum-menschenrechte.de](mailto:kontakt@forum-menschenrechte.de)**

**EU-Gipfeltreffen: FORUM MENSCHENRECHTE wendet sich gegen den völkerrechtswidrigen Militäreinsatz gegen Schlepper**  
**FORUM MENSCHENRECHTE legt Positionspapier und Forderungen zu den EU-Gipfeln vor.**

(Berlin, 16.06.2015) In den nächsten zwei Wochen finden Gipfeltreffen auf europäischer Ebene statt: Am 16. Juni treffen sich die Innenminister. Vom 25. bis 26. Juni findet das nächste Treffen der europäischen Regierungschefs beim Europäischen Rat statt. Beide Treffen werden die Flüchtlingspolitik zum Thema haben. Die bisherigen EU-Beschlüsse setzen auf Militäreinsätze und einen verstärkten Grenzschutz, anstatt Flüchtlingen die legale Einreise zu ermöglichen. Das FORUM MENSCHENRECHTE, ein Zusammenschluss von über 50 Menschenrechtsorganisationen in Deutschland, kritisiert die Abschottungspolitik der EU und fordert die Bundeskanzlerin sowie den Innenminister dazu auf, sich auf europäischer Ebene für die Geltung der Menschenrechte einzusetzen.

Eine Analyse (siehe Anlage) des FORUM MENSCHENRECHTE zeigt, dass die geplanten Abschottungsmaßnahmen und der Militäreinsatz völkerrechtswidrig sind. Für einen von den UN mandatierten Einsatz bedarf es einer Gefahr für den Frieden. Doch die Schleusung von Flüchtlingen ist gerade keine Gefahr für den Frieden, sondern aktuell die einzige Möglichkeit für Schutzsuchende nach Europa zu gelangen. Auch ein von der EU, unter Zustimmung Libyens, erfolgreicher Militäreinsatz wäre rechtswidrig. Denn Schleusung ist ein rein privates Delikt, dem nicht mit militärischen Mitteln begegnet werden darf. Das Trennungsgebot des deutschen Grundgesetzes verbietet es deutschen Soldatinnen und Soldaten, sich an derartigen Missionen zu beteiligen. Ein Militäreinsatz wird unkalkulierbare Risiken für die Flüchtlinge haben und könnte zu Todesfällen führen, wie selbst ein internes Papier der EU aufzeigt. Verlieren werden am Ende vor allem die schutzsuchenden Flüchtlinge.

Deshalb fordert das FORUM MENSCHENRECHTE die EU auf, militärische Einsätze und Abschottung zu unterlassen und stattdessen legale Einreisewege für Flüchtlinge zu schaffen. Zuerst müssen die Aufnahmeprogramme für Syrerinnen und Syrer weitergeführt und auf andere Flüchtlingsgruppen, beispielsweise die durch den Islamischen Staat verfolgten Irakerinnen und Iraker, ausgeweitet werden. Deutschland sollte bei den EU-Verhandlungen eine Vorreiterrolle einnehmen und durch die Vergabe von VISA seitens der deutschen Botschaften legale Einreisewege eröffnen. Die Geschäftsgrundlage von Schleusern entzieht man diesen nicht durch Militäreinsätze, sondern durch sichere Wege in die EU, damit Schutzsuchende ihr Menschenrecht auf Asyl wahrnehmen können. Das FORUM MENSCHENRECHTE hat im Vorfeld des Gipfels Briefe mit Forderungen und juristischen Einschätzungen an die Bundeskanzlerin, den Außenminister, den Innenminister und die Verteidigungsministerin geschickt und erwartet eine flüchtlingsfreundliche Umsetzung auf europäischer Ebene.